

# ***Direktdemokratischer Sozialstaat oder autoritärer Wohlfahrtsstaat?***

**Dr. Christian Vogel**

**Montag, 28. Mai 2018 um 18.15h**

**Im Raum OVR A026 an der von Roll-Strasse 10 in Olten**

**Öffentliche Veranstaltung mit Input und Diskussion, organisiert vom Bündnis Soziale Arbeit gegen das Überwachungsgesetz, mit Unterstützung der Fachschaft Soziale Arbeit HSA**

Das Referendum gegen das vom Schweizer Parlament verabschiedete Gesetz zur Observation von versicherten Personen ist Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Sozialen Arbeit. Die mit dem Gesetz einhergehende Krise des Sozialstaats ist systematisch provoziert worden und bringt einen Missbrauchsdiskurs mit sich, der dazu tendiert, Personen in Notlagen einem permanenten Betrugsverdacht zu unterwerfen. Gegenüber vereinfachten individuellen Problemzuschreibungen und irreführenden Kategorisierungen fordert das **Bündnis Soziale Arbeit** ein Verständnis von Problemlagen als Resultat gesellschaftlicher und politischer Einflussnahme.

**Christian Vogel** wird in einem Eingangsreferat die These darlegen, dass das Überwachungsgesetz im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen verschärfter sozialer Ungleichheiten und antidemokratischer Tendenzen zu begreifen ist. Dazu wird das autoritäre Erbe in repräsentativen Demokratien und in den Modellen demokratischer Rechtsstaatlichkeit rekonstruiert und mit dem Anspruch moderner Gesellschaften auf individuelle und kollektive Selbstbestimmung konfrontiert. Vor diesen Hintergrund werden die anhaltenden Debatten um die Sozialversicherungen als Ausdruck einer Blockade der Entwicklung des Sozialstaats durch eine Umstellung auf eine für die Schweiz systemfremde wohlfahrtsstaatliche Logik gedeutet. Die Voraussetzungen für eine selbstregulierte Gesellschaft und eine entsprechende Sozialpolitik beruhen auf einer hohen Dichte kommunikativer Prozesse und einer breiten Verankerung einer Mentalität der Selbstverpflichtung. Veränderungen in der Organisationsstruktur, wie sie gegenwärtig zur Debatte stehen, sind symptomatisch für bereits vollzogene Veränderungen in der Kommunikationsstruktur. Ein blosser Verzicht auf eine Verschärfung der Überwachung genügt deshalb nicht. Noch wichtiger ist die Rückgewinnung einer direktdemokratischen Praxis und Ideologie, in der nicht das Kalkül des individuellen Vorteils einem anonymen Staat gegenübersteht, sondern die Bürgerinnen und Bürger der Staat sind.

**Referendum gegen das Überwachungsgesetz: <https://pledge.wecollect.ch/de>**